



Kommentar: 26.6.2015: Heiner Hannappel,

Griechische Crash-Strategien?

Wenn man die irrwitzigen Verhandlungsmarathone der Eurostaaten mit dem kleinen Griechenland betrachtet und sieht, welche Verbiegungen die drei "Institutionen", früher "Troika" genannt machen, um das Versagen der alternativlosen Austeritätspolitik Kanzlerin Merkels im Interesse der Banken und ihrer Anhänger, die diese Zocker mit Schlips und Kragen immer noch devot bedienen zu vertuschen, kommt man nicht umhin, dem griechischen Finanzminister Varoufakis und seinem Ministerpräsidenten Tsipras Respekt zu zollen, obwohl diese uns mit ihren politischen Zielsetzungen allergrößten Schaden zufügen!

Ich möchte die Leser nun nicht noch mit hinlänglich bekannten Zahlen traktieren und ermüden, also beschränke ich mich auf die Strategien der neuen Regierung Griechenlands und das hilflose Agieren der Rest-EU, die immer offensichtlicher zutage treten.

In geradezu unnachahmlicher Art führen diese beiden Newcomer die gesamte Eu-Politiker-Elite am Nasenring durch die Manege ihrer Interessen. Der eine Varoufakis, Ökonom seines Zeichens, spielt den Rambo und Tsipras den Trambolinexperten mit Rolle vor oder- Rückwärts, dem es scheinbar egal ist, wie er landet. Hauptsache alle Verhandler lassen sich von derartigen Kunststücken blenden, applaudieren ohne zu wissen, was dieser Salto Mortale Künstler eigentlich vorhat.

Griechenland steht mit dem Rücken zur Wand und kann beim besten Willen die 340 Milliarden Euro ob auf 50 oder 100 Jahre wie auch immer verklausuliert gestreckt nie mehr, auch in noch so kleinen Raten zurückzahlen, denn dieses Land ist schon lange pleite und wird nur noch mit verbotenen Maßnahmen zu Insolvenzverschleppung über Wasser gehalten! Punkt.

Griechenland kann die gewaltige Schuldenlast auch dann nicht zurückzahlen, wenn wie großzügig nun von seinen "Rettern" angeboten wurde, das laufende Hilfspaket um sechs Monate zu verlängern mit der Aussicht auf ein drittes Hilfspaket. Diese "selbstlose" Großzügigkeit, die wieder einmal auf dem Rücken der Steuerzahler gewährt werden soll und seriöses Handeln der EZB auf den längst beschlossenen vertraglichen Grundlagen der Maastricht Verträge als Fremdwort erscheinen lässt, hat aber nur das Ziel weiteren sündhaft teuren

Zeitgewinns, um das offensichtliche Versagen der Euro- und Griechenrettungspolitik zu vernebeln, denn nach 6 Monaten stehen alle wieder ohne gewachsene Lösungskompetenz vor dem gleichen Problem, welches zurzeit auch mit der Flüchtlingsproblematik aufzeigt, wie weit Europa sich von seiner Vision der Einigkeit wieder entfernt hat!

Es ist doch geradezu absurd, dass die Institutionen, die sich in Vergangenheit bei der Beurteilung der griechischen Möglichkeiten so vertan haben nun alles Erdenkliche tun um sich ihr vertragswidriges Handeln vom europäischen Gerichtshof (EuGH) mit verschwurbelten Begründungen gerade noch so rechtfertigen zu lassen, obwohl diese, besonders die EZB genau wissen, in welchem fragwürdigem rechtlichem Raum sie sich bewegen, wenn sie so offensichtlich gegen die Maastricht Verträge verstoßen!

Der bloße Anschein von Rechtlichkeit genügt mittlerweile in Europa schon, um folgenreichste Beschlüsse zulasten der Bevölkerung ohne ihr Mitwirken und Einverständnis zu treffen!

Der EuGH, anscheinend programmiert auf das Zusammenwachsen Europas, unterlässt mittlerweile jedes Urteil, welches einer europäischen Einigung entgegenstehen könnte und verliert so seine Objektivität, die er aber benötigt, um Recht sprechen zu können, welches sich nicht wie zuletzt bei dem Bundesverfassungsgericht im Gegensatz zu nationalem Recht befindet.

Indem die Richter des EuGHs nationales Recht aushebeln, welches aber bei den Maastricht Verträgen zu berücksichtigen war und Geltung hatte, begeben diese sich in beängstigende Grauzonen von Unglaubwürdigkeit. Der EuGH ist angehalten unparteiisch zu sein und muss unter allen Umständen verhindern, dass er durch Interessen gerichtete Urteile zwar die europäische Einigung nicht behindert, aber geltendes europäisches Recht ständig bricht!

Hier wird ein europäisches Dilemma offenkundig, da zu einem europäischen Gerichtshof, der über allen nationalen Rechten steht, ein einheitlicher Staat mit einer einheitlichen Verfassung zwingend vorhanden sein muss, um nicht immer wieder mit nationalen Verfassungen in Konflikt zu kommen!

Dass hier immer wieder gegen unsere Interessen geurteilt und sogar die Amtseide der EuGH-Richter verbogen werden, um einer extrem konzeptlosen und unsteten Politik als Steigbügelhalter zu dienen, erschreckt im höchsten Maße, weil der EuGH so jegliche Glaubwürdigkeit verliert!

Diese unsäglich mittelmäßig begabten Akteure und Protagonisten dieses unwürdigen Euro-Griechenrettungsdesasters wollen einfach nicht erkennen, dass die Griechen so nicht mehr mitspielen wollen. Sie wollen nicht mehr wie gehabt, nach nicht bewährtem Muster mit weiteren Schulden und weiteren demütigenden Bedingungen für abermalige Schulden, zu folgsamen Bedienung dieses irren Kreislaufs beitragen, welcher die griechische Souveränität immer wieder rigoros beiseiteschiebt und im Interesse der Banken das griechische

Volk der Verarmung preisgibt!

Arbeitslosigkeit= 25%, Jugendarbeitslosigkeit= 50-60%, Schrumpfung der Wirtschaft seit 2000= 32 %!!! So sieht Hoffnungslosigkeit aus!!!

Ja, es ist dreist, wenn der Harts 4 Empfänger Europas die Kredite nicht mehr begleichen will, die ihm vor 2009, mit den von der US Bank Goldman Sachs über Jahre gefälschten Beitrittsdaten ein bequemes Leben mit zu hohen Löhnen, Pensionen und Renten jenseits der wirtschaftlichen Möglichkeiten Griechenlands gegeben wurden.

Goldman Sachs schob im ureigenen Interesse aller Banken Griechenland als Trojanisches Pferd in die Mitte Europas, um die Standfestigkeit der deutschen Regierung bei der sie und andere solide Staaten beschützenden NO BAIL OUT zu testen.

Test gelungen, denn die Lehman Brothers Bank wurde von der US Regierung mit voller Absicht dem Untergang preisgegeben, (Andere US-Großbanken wurden doch von der US Regierung gerettet) um dann im weltweit ausgebrochenen Finanzchaos den naiven, kreditsüchtigen, von der Gunst der Banken abhängigen Staaten die Schuldenlast der Banken, welche mit den Giftpapieren der Lehman Bank gezockt hatten, aufhalsen zu können.

Commerzbank, Landesbanken wollten am großen Rad drehen und mussten vom Steuerzahler gestützt und abgewickelt werden. Die Hypo Real Esthate musste gar vom deutschen Staat aufgekauft werden um das Finanzsystem nicht kollabieren zu lassen.

So wurde, nachdem Griechenland seinen Bankrott erklärte, die NO BAIL OUT Klausel des Maastricht Vertrages zu bloßer Makulatur und von ihrem Schöpfer Bundespräsident Horst Köhler, der diese als Staatssekretär unter Kohl 1992 in die Maastricht Verträge einfügte, per eiliger Unterschrift des Eurozonen-stabilitätsgesetz zur Rettung Griechenlands in die Mülltonne der Geschichte befördert!

Jetzt war der Weg, von Goldman Sachs geebnet, endgültig frei um die gewaltige Schuldenlast der zockenden Banken zu sozialisieren um dann nach erfolgter Übertragung ihrer Schulden auf die Staatshaushalte zynisch von einer Staatsschuldenkrise zu sprechen.

Trotzdem schlummern in den Bankenbüchern europäischer Geldhäuser noch immer ca 1 Billion Euro nicht mehr bedienter Kredite, auch Kreditleihen genannt!

Angesichts seiner Unterschrift, mit der Horst Köhler seine eigene NO BAIL OUT Klausel verleugnete, trat dieser leider eine Unterschrift zu spät zurück und wurde sich selbst untreu, um gegenüber der Kanzlerin Merkel, die ihn kaltlächelnd den deutsch-französischen Bankeninteressen opferte, die in

Griechenland besonders involviert waren und nach der Lehman Pleite keine weiteren Belastungen mehr ohne Pleiterisiko ertragen konnten.

Ja, es ist dreist, wenn der Harts 4 Empfänger Europas nach einem schon erfolgten Schuldenschnitt schon wieder mit einem derartig angewachsenen Schuldenberg einen weiteren Schuldenschnitt fordert, der dieses Mal aber die öffentlichen Hände tangiert, weil diese den Banken ihren Schrott abgenommen haben, um deren / unser System nicht zu gefährden, da auf einmal alle Banken systemrelevant waren.

Ja, es ist dreist, wenn der Harts 4 Empfänger Europas einen Schuldenschnitt einfordert, der alle Eurostaaten 340 Milliarden Euro kostet! Doch das Geld ist sowieso weg und muss sowieso abgeschrieben werden. Nur sagen tuts keiner!

Ja, es ist dreist, wenn der Harts4 Empfänger Europas dieses zur Bedingung für sein Verbleiben in der Eurozone macht und anderenfalls einen GREXIT in Kauf nehmen will, da es ihm langsam dämmert, dass er außerhalb des Euroraums zwar erhebliche Verschlechterungen seiner Lebensbedingungen über Jahre hinweg riskiert, aber dann als Gleichberechtigter mit einer wettbewerbsfähigeren Ökonomie wieder souverän auftreten kann.

Man kann es schon als genialen ökonomischen Schachzug betrachten, das die griechischen Verhandler bis zum buchstäblich letzten Tag ein Ergebnis hinauszögern umso bis zu ca. 100 Milliarden Euro an ELA Krediten (ELA-Kredite sind nur für vorübergehend insolvente , aber ansonsten solide Banken gedacht) mit Erlaubnis der EZB drucken durften, die prompt von den Bürgern am Bankschalter abgegriffen wurden, um für die kommenden Zeiten ein finanzielles Europolster neben einer abgewerteten Drachme zu haben.

Nun, nach neuesten Meldungen will der griechische Ministerpräsident sein Volk per Referendum befragen, ob es die weiteren zusätzlichen Belastungen und Auflagen der rechtwidrigen "Troika", Entschuldigung "Institutionen" mittragen will.

Demokratischer gehts kaum noch!

Hier zieht Tsipras die letzten Register, um weiteren Druck auf die Merkel-Koalition auszuüben, die aus den Verlegenheiten gar nicht mehr heraus kommt, denn Tsipras ist kein Papadopulos, den man einfach auswechseln konnte, da dieser vor Jahren das Gleiche tun wollte!

Hatten wir Deutsche jemals außerhalb von Wahlen das Vergnügen demokratischer Mitbestimmung? Nein, noch nicht einmal bei einer nach der Wiedervereinigung längst fälligen neuen Verfassung dürfen wir mitreden, warum dann auch bei der verbotenen Schuldenübernahme von anderen Staaten, die wir alle unter Verzicht mittragen müssen, da diese Gelder bei uns an allen Ecken fehlen!!

Bis dieses griechische Referendum aber abgeschlossen ist, brauchen die maroden griechischen Banken ganz gewiss weitere "ELA Kredite" um die Bankautomaten zu füttern umso weiterhin eine Insolvenz Verschleppung zu unterstützen und um dann unter den Kopfkissen der Griechen zu landen. Ob die EZB da mitmacht?

Man fasse sich doch einmal an den Kopf:

Um die Griechen zu einer Zustimmung, jetzt mit einem Referendum zu bewegen, die ihnen 7,8 Milliarden Euro aus dem laufenden zweiten Hilfsprogramm beschere soll, um dieses Geld dann gleich an die Banken weiter zu reichen, füttert man die maroden Banken Griechenlands, die quasi pleite sind mit ca. 100 Milliarden Euro, die prompt auf den Konten der Griechen landen. Nun sind auch diese 100000000000 Milliarden Euro weg und weichen so den Euro weiter auf.

Nun also sollte es der 27. Juni 2015, ein Samstag richten und ganz Europa, an der Spitze unsere omnipotenten mit allen Wassern ungewaschenen Eurorettungsversagern starren geschockt mit weit aufgerissenen Augen auf das, was Tsipras und Varoufakis von einer griechischen Parlamentsmehrheit oder einem demokratischen Referendum aufgetragen wurde.

Es ist absolut nicht ausgeschlossen, dass das Parlament oder das Referendum der Hellenen einen Schlusstrich unter das Eurokapitel zieht, da die undemokratische Alternativlosigkeit der Politik Kanzlerin Merkels mit ihren Spardiktaten bei der Mehrheit der südlichen Schuldenstaaten eben keine Mehrheit mehr hat. Und das wissen die Griechen, reizen ihre Möglichkeiten schamlos aus und wissen obendrein die geostrategischen US Interessen hinter sich.

Entweder Schuldenschnitt oder GREXIT, jedes wäre eine fürchterliche Blamage für Merkel & Co! Wie Kanzlerin Merkel mit einer solchen Schmach ihrer Führungsrolle im sowieso schon verstimmten Konzert der Euro-Egoisten Truppe gerecht werden will, bleibt ein Rätsel.

Wie man vor Deutschlands Bürgern ein derartig fulminantes Politikversagen der eigenen Regierung rechtfertigen will, die ihrem Amtseid nicht gerecht wurde, indem ca. 94 500 000 000 Milliarden Euro an deutschen Steuergeldern in den griechischen Sand gesetzt wurden, ist mir angesichts unserer maroden auf Verschleiß gefahrenen Infrastruktur, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Militärausstattungen schleierhaft.

Das Versagen dieser Bundesregierungen unter der Kanzlerschaft Merkels besteht aber nicht nur aus einem gestörten Umgang mit unseren Steuergeldern und unserer Demokratie und Parlaments, sondern auch in der Art unserer Kanzlerin, die Interessen der Wirtschaft, der Banken und der Konzerne zulasten der Bürger zu bedienen.

Sie, die Kanzlerin hat es nicht nach Amtsantritt unterbunden, dass deutsche Dumpinglöhne in Europa Maßstäbe setzten. Früher mussten sich die Europäer in der Währungsschlange immer nach der starken "DM" richten.

Heute, im Euroland kann kein Staat mehr auf und abwerten, sondern kann seine Wettbewerbsfähigkeit nur noch über sinkende Löhne erreichen. Hier aber startete Deutschland schon seit der Euroeinführung als Dumpingland und setzte Maßstäbe, die kaum ein Euromitgliedsland nachvollziehen konnte und künftig auch nicht kann.

Es kann auf Dauer nicht gutgehen, wenn viele Länder über Ihre Verhältnisse leben! Ebenso kann nicht gutgehen, wenn einige, darunter an erster Stelle Deutschland seit Einführung des Euros unter seinen Verhältnissen lebt.

Die Löhne und somit auch die Renten stagnieren seit den neunziger Jahren und entsprechen nicht der Wirtschaftsleistung der stärksten Ökonomie Europas. Dass so die Kaufkraft und Nachfrage in Deutschland ebenfalls stagniert und ausländische, also europäische Produkte in den Regalen liegen bleiben ist logisch.

So hat Deutschland mit Abstand unverständlicherweise den größten Niedriglohnsektor Europas, brilliert aber mit einem 50% Anteil des BIP (Bruttoinlandsprodukt) durch den Export. Vor der Euroeinführung waren es 30% am BIP!

Logischerweise können unsere Handelspartner im Euroraum und in der EU da nicht mithalten und produzieren mangels Absatzes ihrer teureren Waren immer mehr Schulden, die sie wegen ständiger negativen Handelsbilanzen gegenüber dem Dumpingland Deutschland nie abbauen können.

Ein Teufelskreis, den nur Deutschland durchbrechen kann, indem es trotz einer dann eventuell drohenden Minderung seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit eine kräftige Steigerung der Löhne im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Stärke zulässt. Frankreich, wo das Verhältnis von Wirtschaft und Löhnen ausgeglichener ist, bemängelt schon seit Langem die Zustände des deutschen Lohnsektors, da es sich dadurch bedrängt fühlt und auch ist.

Kanzlerin Merkel, dienlich bei Konzernen, US Interessen, Kapitalinteressen, also Banken und Anleger will weg von der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und wendet uns hin zu einer wirtschaftskonformen Marktgesellschaft.

So werden von ihr mit einer grenzenlosen Naivität die Freihandelsabkommen CETA und TITIP, TISA massiv unterstützt, die aber ein Abwandern unserer Arbeitsplätze in Richtung nordamerikanischen Kontinent zur Folge haben werden, wenn unsere Löhne sich nicht den niedrigeren US Löhnen anpassen wollen. Hier wird ein Wettlauf der Löhne nach unten betrieben mit allen Folgen für die Wirtschaft, Staatseinnahmen und Renten der Zukunft.

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA der USA zeigt doch

alleine was Mexiko betrifft, dass eine Abwanderung der Produktion in die Niedriglohnländer, also Mexiko stattfindet, wenn die US Bürger mit ihren sowieso schon zu niedrigen Löhnen "unflexibel" sind, wie man so schön sagt!

Hier in Europa bleibt uns nun noch eine Schonfrist bis zum Ablauf des Referendums in Griechenland.

Dann aber steht endgültig fest, wer verloren hat und das sind wir alle!

So wie es nun aussieht, hat Griechenlands Regierung den Weg in die Pleite riskiert, denn die Gläubiger beendeten heute 27.6.2015 das laufende zweite Hilfsprogramm und lassen die Milliarden Gelder verfallen. Die EZB wird am Montag die ELA Kreditauszahlungen durch die griechische Notenbank einstellen und dann sind die Banken angesichts der massiven Geldabhebungen der Griechen restlos pleite und auch der griechische Staat wird am Dienstag seine schon gebündelten IWF Verpflichtungen und auch die der privaten Gläubiger nicht mehr erfüllen können und ist dann offiziell im Pleitestatus angekommen, was dann auch prompt von den Ratingagenturen bestätigt werden wird.

Ab Montag werden die Griechen vor Kapitalverkehr Kontrollen stehen und nur noch minimale Beträge aus den umprogrammierten Geldautomaten abheben können. Das wird die Bevölkerung schwer treffen, die finanziell noch etwas auf der hohen Kante hat.

Eigentlich hat die griechische Bevölkerung mit dem angekündigten Referendum nichts mehr abzustimmen, denn am kommenden Sonntag den 5.7.2015 ist die letzte Zahlungsfrist vom 30.6.2015 längst abgelaufen und einer Verlängerung seitens der Gläubiger bereits abgelehnt. Also gibt es auch keine Bedingungen der Gläubiger! Nichts geht zurzeit mehr!

Ob hier das von beiden Seiten zerschlagene Porzellan noch einmal gekittet werden kann wage ich zu bezweifeln und so gehe ich von der Annahme aus, das Griechenland nun wirklich aus dem Euroraum ausscheiden wird, obwohl seitens der Gläubiger die Türen weiter offen gehalten werden, was aber an den Bedingungen, die Griechenland gestellt wurden und werden nichts ändert. Also ändert sich auch nicht die Haltung Griechenlands.

Wie schon gesagt wäre dieser europäische Eklat oder besser Supergau vermeidbar gewesen, wenn sich alle Staaten an beschlossene Verträge gehalten hätten. Dieses geschichtsträchtige Geschehnis von heute, dem 27.6.2015 verändert die Eurozone nachhaltig, denn nichts wird mehr so sein wie vorher.

Eine Blamage ohnegleichen für Kanzlerin Merkel und CO, denn die Politik der Austerität mit dem undemokratischen Status der Alternativlosigkeit hat grandios mit Pauken und Trompeten Schiffbruch erlitten.

Auf die hilflosen Erklärungen unserer Bundeskanzlerin und ihres Finanz-

jongleurs angesichts der Folgen bin ich gespannt, denn wir sind es doch gewohnt, das glatte Niederlagen wortreich in Erfolge umgemünzt werden. Hier bei einer Größenordnung von insgesamt 505 Milliarden zuzüglich der bald auf 100 Milliarden Euro angewachsenen ELA Kredite in den Sand gesetzten 605 Milliarden Steuergeldern werden unsere grandiosen Politiker wohl etwas leiser treten müssen!

Ach, was rede ich denn da, unsere Politiker machten bisher alles richtig und sind doch immer auf einem guten Weg ;-)! Also sollten wir uns jetzt darüber freuen, das es nicht schlimmer kommen wird! Na, wer`s denn glaubt.....!

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden soll!

Heiner Hannappel
Koblenz

E-Mail heiner.hannappel@gmx.de